

Gelobt und ungeliebt : Stimmen zur Regionalisierung

Autor(en): **Seewer, Elisabeth / Mülhaupt, Peter / Ryser, Susanne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **103 (2006)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840430>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Amt Fraubrunnen, Kanton Bern:

Gelobt und ungeliebt: Stimmen

Elisabeth Seewer

«Im Verhältnis zu den wenigen Sozialhilfefällen, die wir in Zuzwil haben, bezahlen wir für die Regionalisierung zu viel. Die kleinen Gemeinden sind gegenüber den grossen benachteiligt, das heisst, wir finanzieren ihre Fälle mit. Ich finde die



Professionalisierung grundsätzlich eine gute Sache, doch man muss sehen, dass wir bereits vorher professionell gearbeitet haben. Die kleinen Gemeinden haben den Ruf, zu tun und zu lassen, wie es ihnen gefällt. Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben die Sozialhilfe-Budgets schon vorher vom Sozialdienst berechnen lassen. Jetzt werden aber alle Arbeiten dort ausgeführt. Die ganze Verwaltungsarbeit, etwa Formulare ausfüllen oder Rechtsmittelbelehrungen erstellen, könnten wir weiterhin selbst erledigen. Jetzt wird es «auswärts» gemacht und kommt uns teurer zu stehen. Wir sind zwar keine Sozialarbeiterinnen, aber im administrativen Bereich sind wir ebenso professionell. Es ist nicht so, dass wir mit der neuen Gesetzgebung bei uns Verwaltungspersonal einsparen können. Das mag vielleicht für die grossen Gemeinden zutreffen, für uns aber nicht. Oft kommen die Leute trotzdem zuerst bei uns vorbei. Wir hören ihnen zu und vermitteln sie dann zum Sozialdienst. Wir können sie nicht einfach wieder wegschicken.»

Gemeindeschreiberin Zuzwil, ca. 490 Einwohner, 1 Sozialhilfefall

Peter Mülhaupt

«Man muss die Regionalisierung differenziert betrachten: Das neue Sozialhilfegesetz hat viele Vorteile gebracht. Die Klientinnen und Klienten geniessen bei uns Anonymität, sie werden professionell beraten, und das Geld wird ihnen auf das Konto über-



wiesen. Sie müssen es also nicht mehr persönlich bei der Gemeindeverwaltung abholen gehen. Die Neuorganisation bringt den Betroffenen mehr Gleichberechtigung – das gilt auch für gewisse Privilegien, die einzelnen Leuten zugekommen sind. In unserer Arbeit gehen wir standardisiert vor: Wir definieren einen Leistungskatalog, was nicht dazugehört, weisen wir zurück. Den grössten Nachteil sehe ich in der Finanzierung. Die Fallzunahmen, die Infrastruktur des Sozialdienstes und die neuen Strukturen kosten die Gemeinden weit mehr als vorher. Allerdings muss man sagen, dass das Angebot vorher – aufgrund des kantonalen Lastenausgleichs – für sie äusserst billig war. Die Verantwortlichen des Kantons haben die Regionalisierung den Gemeinden gegenüber als kostenneutral verkauft. Dies ist leider nicht der Fall. Trotzdem spüre ich unserem System gegenüber eine grosse Akzeptanz. Bisher wurden alle Anträge von den Abgeordneten angenommen. Auch wenn es für sie manchmal schwierig ist, die Arbeit von Fachpersonen aus der Sozialhilfe nachvollziehen zu können.»

**Leiter Sozialdienst
Amt Fraubrunnen seit 2002**

Susanne Ryser

«Wir sind zwar ein kleines Dorf, doch im Verhältnis zu den anderen kleinen Gemeinden haben wir relativ viele Sozialhilfefälle. Das lässt sich teils erklären: Wir haben fünf Mehrfamilienhäuser, die Mieterschaft wechselt dort häufiger, und wir haben mehr Neuzu-



zügler. Seit das neue Sozialhilfegesetz in Kraft ist, wissen wir nicht mehr so gut Bescheid über die Fälle. Früher kamen die Leute auf die Gemeindschreiberei. Für die Budgetberechnung schickten wir sie bereits damals zum Sozialdienst. Doch die Entscheidungskompetenz lag beim Gemeinderat, der auch Sozialhilfebehörde war. Die Professionalisierung hat natürlich Vorteile: Die Traktandenliste der Gemeinderatssitzung ist kürzer, vor allem aber denke ich, dass die Betroffenen die Anonymität schätzen. Andererseits weiss ich von Leuten, die das Angebot nicht nutzen, weil eine Hemmschwelle da ist. Man muss aber auch beachten, dass die Sozialarbeitenden die familiären Verhältnisse bei uns weniger kennen und dadurch die Missbrauchsgefahr grösser ist. Die Professionalisierung finde ich grundsätzlich gut. Ich bin aber davon überzeugt, dass diese Arbeit bereits vorher zur Zufriedenheit aller ausgeführt worden ist. Heute stellen wir fest, dass das Ganze viel teurer geworden ist, aber die Gemeinden kaum mehr Einfluss nehmen können.»

**Gemeindeschreiberin
Schalunen, ca. 400 Einwohner,
10 Sozialhilfefälle**

zur Regionalisierung

Ernst Günter

«Die Sozialarbeiterin, die für mich zuständig ist, nimmt sich Zeit. Einmal im Monat habe ich bei ihr einen Termin. Wir besprechen, wie es im letzten Monat gegangen ist und welche Arbeitsbemühungen ich machen soll. Die Hilfe, die ich hier bekomme,



ist auf jeden Fall besser als vorher. Ich musste den Fehlbetrag jeweils bei der Gemeindeverwaltung abholen, da hat sich kaum jemand Zeit genommen. Ich bin 53-jährig und seit zehn Jahren selbstständig erwerbend. Zuvor arbeitete ich 17 Jahre lang bei einer Webmaschinenfirma, danach sechs Jahre bei der Papierfabrik. Danach erhielt ich ein so genanntes «Aufhebungspapier», das heisst: die Kündigung. In meinem Alter stellt mich keiner mehr an, also arbeite ich weiterhin selbstständig. Doch das Einkommen reicht für die Frau und zwei Kinder nicht aus. Mit meiner Sozialarbeiterin spreche ich auch über die gesundheitlichen Probleme. Ich habe mit Thrombosen zu kämpfen, und meine Frau leidet am Post-Polio-Syndrom. Ich bin unendlich froh, dass die ältere Tochter eine Lehrstelle gefunden hat. Obwohl wir mit wenig zurechtkommen müssen, haben wir es gut zusammen. Viele Leute um uns herum sind geschieden. Dabei hiess es doch mal: «In guten und in schlechten Zeiten.» Es ist verrückt. Die Menschheit ist vollkommen aus dem Lot geraten.

**Dipl. Innendekorateur, Klient,
wohnhaft in Utzenstorf**

Rosmarie Leuenberger

«Die Entwicklung im Sozialhilfebereich hat uns alle überrollt. Die Kosten steigen ins Unermessliche, und wir Behördenmitglieder haben die schwierige Aufgabe, dies der Bevölkerung zu erklären. Diese Herausforderung stellt sich uns jedes Jahr erneut – an



der Gemeindeversammlung. Wer nicht selbst betroffen ist oder Verwandte hat, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, hat kaum Verständnis dafür. Mit der neuen Organisation finanzieren wir als kleine Gemeinde die Fälle der grösseren mit. Man kann zwar von Solidarität sprechen, doch die Bevölkerung wird dies nicht endlos mittragen. Steigen die Kosten weiter an, müssen wir über eine Änderung des Finanzierungsmodells nachdenken. Dazu bräuchten wir eine Mehrheit der Abgeordneten im Verband – wiederum eine hohe Hürde für kleine Gemeinden. Der Einsatz von Sozialarbeitenden macht zwar in vielen Fällen Sinn, ganz besonders wenn es um die Finanzen geht. Ich bin aber davon überzeugt, dass einzelne Personen auch von unserer Gemeindeschreiberin betreut werden könnten. Die Anonymität mag für viele Leute ein Pluspunkt sein. Auf der anderen Seite werden sie so zum Sozialfall – was hart klingt. Die aktuelle Entwicklung wird aber weitergehen, irgendwann wird die Gemeindefusion ein Thema sein.»

**Vizepräsidentin im Vorstand des
Gemeindeverbandes Sozialdienst
Amt Fraubrunnen, Zuzwil**

Paul Röthlisberger

«Wir hatten bis Ende 2003 einen eigenen Sozialdienst. Da wir nach dem neuen Sozialhilfegesetz mit 90 Stellenprozenten zu klein waren, mussten wir uns einem anderen Dienst anschliessen. Die organisatorische Umsetzung hat einwandfrei geklappt. Die



Leute beim Regionalen Sozialdienst arbeiten professionell, es ist wichtig, dass man einander vertraut. Das neue Gesetz gibt klare Rahmenbedingungen vor: Die SKOS-Richtlinien müssen angewendet werden, das schafft Gerechtigkeit für alle Betroffenen. Innerhalb unserer Gemeindebehörde kamen schon gewisse Ängste auf, da die Kontrolle nicht mehr bei uns liegt, aber der Kanton schreibt den Sozialdiensten ein strenges Controlling vor, ihre Arbeit wird also überprüft. Die Kostensteigerung ist enorm: Wir bezahlen heute mehr als das Dreifache als zu Beginn des Beitritts zum Gemeindeverband. Das ist aber ein gesellschaftliches Problem – obwohl die Kosten natürlich ein Dauerbrenner sind. Dennoch glaube ich, dass die Regionalisierung in die richtige Richtung zielt. Ein Bündeln der Kräfte ist besser, als wenn jeder für sich alleine schaut. Schliesslich sitzen wir alle im gleichen Boot. Und wir dürfen nicht vergessen, dass es sich in der Sozialhilfe um Menschen handelt – nicht um ein Baugesuch, das man vorübergehend auf einem Stapel deponieren kann.»

**Gemeindeschreiber Bätterkinden, ca. 2800 Einwohner,
77 Sozialhilfefälle**